

Medienmitteilung vom 12. Juni 2013

Der Grosse Rat desavouiert das Personal und einen personalpolitischen Kompromiss Affront gegenüber Personal und lösungsorientierter Arbeitsweise

Der Grosse Rat hat in der Debatte zum Pensionskassengesetz und zum Lehrerstellungs- und Personalgesetz das Personal und jene Parteien desavouiert, welche sich für einen für Personal und Kanton tragbaren Kompromiss eingesetzt haben. Die Grünen haben in der Debatte zum Pensionskassengesetz ihre Bereitschaft zu einer politischen Gesamtlösung unter Beweis gestellt. Mit seinen Beschlüssen zum Lehrerstellungs- und Personalgesetz hat der Grosse Rat diese Konsensbereitschaft nicht honoriert. Der Grosse Rat nimmt damit ein Scheitern des neuen Pensionskassengesetzes in Kauf. Die Grünen bedauern dies sehr.

Das neue Pensionskassengesetz wird auf die Versicherten massive negative Auswirkungen haben: höhere Beiträge, eine längere Beitragsdauer zum Erreichen der Normalrente und ein voraussichtlich tieferes Rentenniveau. Mehr Verschlechterungen an allen Fronten sind kaum möglich. Die Lösung des Grossen Rates ist nicht weit vom Worst-Case-Szenario der Vollkapitalisierung mit einer Ausfinanzierung innerhalb von zehn Jahren entfernt.

So hart diese Veränderungen sind, so klar ist auch, dass die neuen Bestimmungen des Bundes zu den öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mit ihren massiven finanziellen Konsequenzen eine Lösung nötig machen. Ein Scheitern der Vorlage würde die Situation kaum verbessern, sondern wohl noch mehr Verlierer hinterlassen. Die Grünen haben in der Debatte zum Pensionskassengesetz den Antrag der vorberatenden Kommission deshalb weitestgehend mitgetragen und eine Vorleistung für einen personalpolitischen Kompromiss erbracht.

Unverständlicherweise haben die bürgerlichen Parteien dieses Angebot schnöde ausgeschlagen. Bei der Debatte zum Lehrerstellungs- und Personalgesetz wurden die längst fälligen und aufgrund der angeschlagenen Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt dringend nötigen Verbesserungen beim Lohnsystem verworfen. Dies, obwohl die Vorlage des Regierungsrates längst eine Kompromisslösung darstellt, die weit von den Forderungen der Gewerkschaften und Personalverbände entfernt ist.

Die einzigen Lichtblicke der Debatte sind die Rückweisung des Artikels zur Verwendung der Rotationsgewinne in die Kommission sowie die – überraschende – Bereitschaft des Grossen Rates, die Lohnrückstände bei der Lehrerschaft innerhalb von zehn Jahren auszugleichen. Damit besteht ein finanzieller Verhandlungsspielraum von rund 100 Mio. Franken und von 0,8 Prozent der jährlichen Lohnsumme für eine politische Lösung. Die Grünen werden sich auf dieser Basis weiterhin dafür einsetzen, dass eine Lösung für die Lohnfrage gefunden werden kann.

Sollte der Grosse Rat an seiner konfrontativen Vorgehensweise festhalten, werden die Grünen ihre kompromissbereite Haltung beim Pensionskassengesetz jedoch überdenken. Politische Kompromisse sind nur in einem gegenseitigen Verhandlungsprozess und gegenseitigem Geben und Nehmen möglich und können nicht einfach verordnet werden. Die Grünen haben ihren Beitrag dazu geleistet.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat,
079 263 47 68